

Eklatanter Mangel: Mieterbund fordert Milliarden für den Ausbau von Sozialwohnungen

DER SPIEGEL

Der Deutsche Mieterbund (DMB) sieht dringenden Handlungsbedarf, um ein weiteres Schrumpfen des Bestandes an [Sozialwohnungen](#) abzuwenden. Dieser sei seit Jahren dramatisch rückläufig und habe sich seit 2006 fast halbiert. Bundesweit gebe es heute nur noch rund 1,1 Millionen Sozialwohnungen, denen mehr als elf Millionen Mieterhaushalte mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein und damit auf eine Sozialwohnung gegenüberstünden, heißt es in dem Leitantrag zum 71. Deutschen Mietertag in Rostock-Warnemünde.

Darin fordert der Verband unter anderem ein von der Schuldenbremse ausgenommenes Investitionsprogramm für den [Wohnungsbau](#), um mehr Sozialwohnungen und bezahlbare [Mietwohnungen](#) zu bauen. »Bund und Länder müssen insgesamt 12,5 Milliarden Euro pro Jahr für den sozialen Wohnungsbau und den Bau bezahlbarer Mietwohnungen für Normalverdienende zur Verfügung stellen«, lautet eine Kernforderung des Antrags, den die rund 400 Delegierten am letzten Tag der Konferenz debattieren und beschließen wollen.

Der Bestand an Sozialwohnungen muss aus Sicht des DMB bis zum Jahr 2030 von derzeit 1,1 Millionen auf möglichst zwei Millionen aufgestockt werden. Dafür sei ein Neubau von jährlich 100.000 dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen nötig.

Auf günstige Wohnungen auf dem ungebundenen Wohnungsmarkt dürfen die Betroffenen nicht rechnen. Denn die Preise für [Häuser und Wohnungen](#) in Deutschland werden sich nach Einschätzung der Volks- und Raiffeisenbanken spürbar verteuern. Der Bankenverband BVR rechnet im laufenden Jahr mit einem Preisanstieg für selbst genutzte Wohnimmobilien um 3,2 Prozent und mit weiteren 3,1 Prozent 2026.

Häuser und Wohnungen in Deutschland hatten sich nach jahrelangem Immobilienboom zwischenzeitlich verbilligt. Seit vergangenem Sommer ziehen die Preise wieder an, während der Neubau eingebrochen ist und die Mieten in den Städten kräftig steigen.

»Um die Wohnungskrise zu entschärfen, muss der Neubau wieder angekurbelt werden«, mahnt der BVR. Der »Bau-Turbo« der Bundesregierung sei ein richtiger Schritt. Diese will mit schnelleren Genehmigungen und einem Verzicht auf Bebauungspläne den schleppenden Wohnungsbau in Deutschland voranbringen. Neue Sonderregelungen im Baugesetzbuch sollen dafür sorgen, dass absehbar wesentlich schneller geplant, genehmigt und gebaut wird.